

Von der Schippe zum Bagger

Peer Jaschinski

■ Die vom Präsidenten des Senats zugesagte »Schippe drauf« reicht nicht mehr aus, um die durch das Schulgesetz geforderten Aufgaben zu erfüllen. Jetzt benötigt die Stadt die Kapazität eines Baggers!

»Eine Schippe drauf« für eine bessere Bildung hatte Bürgermeister Böhrnsen vor geraumer Zeit den Schulen in Bremerhaven versprochen. Aber: Monate sind seitdem vergangen und in der Seestadt sind keine zusätzlichen Mittel angekommen, die nur annähernd das Volumen einer Schippe vermuten lassen. »Wenn das schon eine Schippe drauf war, dann wird wohl doch eher eine riesige Baggerschaufel benötigt«, sagte sich das »Bremerhavener Aktionsbündnis für Bildung«, getragen vom Stadt-schüler_innenring, dem Zentralelternbeirat und der GEW. Das Bündnis hat schon im vergangenen Jahr nachdrücklich auf die Missstände in Bremerhaven hingewiesen. So nahmen mehr als 7000 Menschen an einem Demonstrationszug im Mai und weitere 7000 an einer Menschenkette im November teil, bei der die GEW auf einer abschließenden Kundgebung 38 Schippen der Bremerhavener Schulen eingesammelt und von einer großen Delegation im Dezember dem Präsidenten des Senats im Bremer Rathaus überreicht wurden. Nun erreichten die Proteste in Bremerhaven einen weiteren Höhepunkt!

Spektakuläre Aktion

Am 23. Mai rückte in der Seestadt die Baggerschaufel an. An sieben Haltepunkten im gesamten Stadtgebiet gaben Schüler_innen, Eltern und Pädagog_innen sogenannte »Bausteine für die Bildung« ab, auf denen sie ihre Forderungen und Wünsche kreativ gestaltet hatten. Morgens um 8 Uhr 30 ging es am Julius-Leber-Platz in Leherheide los. Mehr als 1000 Menschen empfingen dort den riesigen Radlader um das Beladen des Treckeranhängers mit den mitgebrachten »Bausteinen« lautstark zu

begleiten. »Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Bildung klaut«, schallte es über den Platz. Zwei große Trommelgruppen der Leherheider Schulen wurden durch schottische Dudelsackmusik begleitet, die wiederum den Sparwahn des Bremer Senats symbolisierte. Ob am Leher Altmarkt, am Ernst-Reuter-Platz, vor der großen Kirche, auf dem Konrad-Adenauer-Platz, vor der Fritz-Reuter-Schule oder abschließend gegen Mittag vor der Paula-Moder-sohn-Schule, an jeder »Bausteinlade-station« auf der Strecke von Nord nach Süd zeigte sich den beiden mit-fahrenden Kamerateams von Radio Bremen und RTL sowie der regionalen und überregionalen Presse das gleiche Bild: Tausende junger Menschen, die ihr demokratisches Recht wahrnahmen ihren Unmut zur Bremerhavener Bildungssituation zu äußern. Mehr als 6000 waren es wieder einmal an diesem Tag. Sie überreichten diesmal über 300 Kartons für eine bessere Bildung. Die Aufschriften auf den Kartons konkretisierten, was die jeweiligen Schulen aktuell benötigen. Immer wieder tauchten Forderungen auf wie:

- Arbeitsgemeinschaften soll es nicht nur in der Ganztagschule geben
- Wir wollen mehr Sport
- Unsere Schule muss saniert werden
- Ich möchte gern 'mal in eine Bücherei gehen
- Was ist mit unserer Werkstatt?«
- Aufenthaltsbereiche für Schüler_innen werden benötigt
- 14 Unterrichtsstunden für Berufsschüler_innen
- Wo bleibt unsere Förderung?
- Und immer wieder: Wir brauchen mehr Lehrer_innen.

Baustelle Schullandschaft

Die Kartons symbolisieren aber auch, dass sich die Bremerhavener Schullandschaft zu einer riesigen Bildungsbaustelle entwickelt hat. Die Schulreform benötigt noch viele wichtige »Bausteine«, um erfolgreich umgesetzt werden zu können. Mit der Verwendung dieser »Bausteine« würde der Senat die Schullandschaft auf ein solides Fundament stellen. Und bei der Menge an Forderungen wurde eines deutlich: »Schippen« reichen tatsächlich nicht mehr aus, um die Arbeit der Schulen abzusichern. So war es folgerichtig, dass ein Bagger in Form eines riesigen Radladers vorfuhr, um die »Bausteine« einzusammeln. Senatspräsident Böhrnsen schien im Dezember schon so eine Vorahnung gehabt zu haben, als er vor der großen Bremerhavener Delegation verkündete, dass er nur

Bremerhaven
23.05.



von einer »Schippe« sprach und nicht von einer »Baggerschaufel«. Die muss es nun aber unbedingt werden!

Politik ist in der Verantwortung

Die Mitglieder des Bündnisses zeigten sich von der Beteiligung und der Resonanz begeistert. »An diesen Tagen«, so Bernd Winkelmann, »zeigt sich, dass die Schulen bereit sind, für ihre Interessen einzutreten. Wir lassen nicht locker. Unsere Anforderungen an die verantwortlichen Politiker sind klar: Wir wollen ein Schulsystem, das allen Kindern und Jugendlichen gerecht wird. Wir

wollen aber auch, dass die Schulen eine faire Chance haben, ihre Aufgaben mit der notwendigen Qualität erledigen zu können.«

Damit dies möglich ist, hat sich das Bündnis auf acht übergreifende Forderungen und Aussagen verständigt, die die Interessen von Schüler_innen, Eltern und Pädagog_innen bündeln:

- 170 Stellen »plus« an Bremerhavener Schulen neu schaffen
- Unterricht statt Aufbewahrung
- Mehr Ganztagschulen für Bremerhaven
- Inklusion muss bezahlt werden – 20 Mio. Euro zusätzlich pro Jahr

- Keine Schuldenbremse für Bildung
- Keine Privatisierung schulischer Aufgaben
- Gute Bildung ist Menschenrecht
- Qualität schafft kluge Köpfe

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen plant das Bündnis als nächsten Schritt die Übergabe der Kartons an Bürgermeister Böhrnsen. Die Aktionsbereitschaft ist groß, der Tag der Übergabe wird sicherlich nicht weniger spektakulär verlaufen. Aus Kreisen des Bündnisses ist schon jetzt zu hören: »Herr Böhrnsen, wir kommen wieder!!!«

Nullrundengesetze für Beamte verfassungswidrig

■ Der DGB und seine Mitgliedsorganisationen des öffentlichen Dienstes – ver.di, GEW und GdP – fordern nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW den Bremer Senat auf, umgehend die gesetzgeberischen Schritte in die Wege zu leiten, um die Beamtenbesoldung entsprechend den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst rückwirkend ab dem 01.07.2013 zu erhöhen. Das Verfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen hat am 1. Juli das dortige Nullrundengesetz zur Beamtenbesoldung für verfassungswidrig erklärt. Prüfungsmaßstab ist dabei das Grundgesetz, das in Artikel 33 Abs. 5 mit dem Alimentationsprinzip auch die Grundsätze der Beamtenbesoldung vorgibt.

Gegen den massiven Protest der Beamtinnen und Beamten und ihrer Gewerkschaften hat der Gesetzgeber auch in Bremen evident gegen das Alimentationsprinzip verstoßen, da er die Erhöhung der Grundgehaltssätze für die Besoldungsgruppen A11 und A12 nicht auf 2% für zwei Jahre hätte beschränken und nicht ab Besoldungsgruppe A13 auf jede Erhöhung verzichten dürfen. Da der Gesetzgeber verpflichtet ist, auch die Bezüge der Beamtinnen und Beamten an eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse anzupassen, gibt es keinen sachlichen Grund für eine derartige Ungleichbehandlung im Besoldungsgesetz und im Verhältnis zu den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst.

Auf unsere Aufforderung hin haben die bremischen Beamtinnen und Beamte gegen die Nichtanpassung ihrer Besoldung massenhaft Widersprüche eingelegt, einige Verfahren sind bereits vor dem Verwaltungsgericht in Bremen anhängig. Wir erwarten nun vom Bremer Senat, dass er nicht zögert und abwartet, bis die bremischen Gerichte ihm die Verfassungswidrigkeit des Nullrundengesetzes schwarz auf weiß bescheinigen, sondern umgehend gesetzgeberisch reagiert und die faktischen Besoldungskürzungen zurücknimmt.

Petra Lichtenberg

»Wie geht es weiter mit der Oberschule?«

■ Unter diesem Motto stand der 5. Bremer Oberschultag, der als eine Fortbildungsveranstaltung für Beschäftigte der Bremer Oberschulen gemeinsam von der GEW und dem Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V. (GGG) ausgerichtet wurde. Den Hauptvortrag der Veranstaltung hielt die langjährige Schulleiterin der Max-Brauer-Schule Hamburg, Frau Barbara Riekmann. In insgesamt 7 Workshops tauschten sich 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedlicher Professionen zu aktuellen Fragen und Problemen der Oberschulentwicklung aus. Dabei wurde deutlich, dass die Bilanz nach insgesamt 5 Jahren Oberschule keineswegs einheitlich ausfällt. Zum Abschluss des Fachtages verabschiedeten die Teilnehmer noch eine Protestresolution, in der sie sich

gegen die drastische Kürzung der Planungs- und Entlastungsstunden für den Schulentwicklungsprozess an den Oberschule zum neuen Schuljahr durch die Bildungsbehörde wenden. In der nächsten BLZ werden wir ausführlich über das Referat und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen berichten.

AnzeigenaquisiteurIn gesucht!

■ Die GEW-Landesverband Bremen sucht ab dem 01. Januar 2015 eine/n Interessierte/n, die/der für die GEW Anzeigenkunden akquiriert.

Die GEW sucht für ihren Internetauftritt, die BLZ und andere Publikationen Werbekunden. Die gilt es zu finden (und die bereits gewonnenen zu betreuen). Dabei sollen die Inserenten – sowie die Inserate im Inhalt und in ihrer Gestaltung – den Zielen und Interessen der GEW nicht widersprechen. Die Preise richten sich nach der jeweils gültigen Anzeigenpreisliste.

Die Honorierung der Arbeit geschieht auf Provisionsbasis und beträgt 25% der Einnahmen.

Eine Einarbeitung durch die bis heute mit der Akquise betraute Person ist ab Oktober 2014 möglich.

Falls du Interesse hast: Melde dich formlos per E-mail unter der Adresse

info@gew-hb.de